

26.11.2018  
192a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**  
**von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),**  
**Vorsitzender der Kommission Weltkirche**  
**der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Arbeitshilfe**  
**zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela**  
**am 26. November 2018 in Berlin**

Am 10. Dezember 2018 begehen wir den 70. Jahrestag der Proklamation der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Zu diesen Menschenrechten gehört auch die Religionsfreiheit. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hält fest: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“

Dieses Menschenrecht steht seit Jahren im Mittelpunkt des weltkirchlichen Engagements der Deutschen Bischofskonferenz. Unser Interesse richtet sich dabei besonders auf die Lebenssituation von Christen in verschiedenen Teilen der Welt. Im Rahmen der Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“ schauen wir in diesem Jahr vor allem auf die lateinamerikanischen Länder Kuba und Venezuela.

So freue ich mich ganz besonders, neben mir Erzbischof José Luis Azuaje Ayala aus Venezuela begrüßen zu können. Er ist Vorsitzender der Venezolanischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Maracaibo im Nordwesten des Landes. Er wird gleich von der Situation der Kirche und der Menschen in seinem Land berichten.

Gestatten Sie mir aber zunächst eine Anmerkung zur Auswahl unserer beiden Schwerpunktländer Kuba und Venezuela. Nicht wenige werden vielleicht überrascht sein, dass zwei lateinamerikanische Länder den diesjährigen

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Arbeitsschwerpunkt der Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ bilden. Zwar ist die prekäre Menschenrechtslage in Kuba und Venezuela bekannt, die Einschränkung der Religionsfreiheit auf diesem doch sehr katholisch geprägten Kontinent wird jedoch weniger vermutet. Bei Einschränkungen der Religionsfreiheit denken wir zuerst an andere Weltregionen, beispielsweise an den Nahen Osten – oder an Pakistan, wo die Blasphemiegesetze zu einem hoch gefährlichen Instrument der Repression gegen Christen und nicht selten auch gegen Muslime geworden sind. Der immer noch nicht freien Asia Bibi muss auch in dieser Stunde unsere Solidarität und unser Gebet gelten.

Dennoch schauen wir in diesem Jahr besonders nach Kuba und Venezuela. Beide Länder werden von autoritären Regimen beherrscht, die sich durch Freiheitsrechte und deshalb auch durch die Religionsfreiheit bedroht fühlen. Denn je autoritärer eine Regierung ist, desto größer ist ihr Kontrollanspruch. Unter den Einschränkungen der Freiheitsrechte leiden vor allem diejenigen, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren wollen. Dazu zählen auch die Christen, die sich im Sinne der Katholischen Soziallehre für gerechte und demokratische Strukturen und für das Gemeinwohl einsetzen.

### **Kuba**

Blicken wir nach Kuba: Das Land in der Karibik gehört zu den Einparteienstaaten, in denen die Überwachung des privaten und öffentlichen Lebens besonders ausgeprägt ist. Alle privaten oder gesellschaftlichen Initiativen, die im Verdacht stehen, das Gestaltungsmonopol der Staatspartei infrage stellen zu können, werden rabiāt eingeschränkt oder ganz verhindert. Religiöse Akteure, deren pastorales oder caritatives Engagement politische Züge annimmt – was sich im Einsatz für arme, diskriminierte und marginalisierte Menschen ja oft kaum vermeiden lässt – geraten schnell ins Fadenkreuz des Partei- und Staatsapparats. Administrative Schikanen und systematische Benachteiligung bis hin zu Gefängnisstrafen sind an der Tagesordnung. All dies wird in der zensierten Presse im Land nicht erwähnt. Auch die internationale Berichterstattung sieht in Kuba nicht selten vor allem einen touristischen Zielort mit dem maroden Charme eines der letzten kommunistischen Länder.

Im Januar 2018 war ich für einige Tage auf Kuba, um mich über die Situation der Kirche vor Ort zu informieren. Ich traf mit Bischöfen und Gläubigen zusammen und besuchte kirchliche Sozial- und Bildungsprojekte. Den absoluten Machtanspruch des kommunistischen Partei- und Staatsapparates konnte ich auf Schritt und Tritt erleben: Alle Kubaner sind in sämtlichen Lebensbereichen von den Reglementierungen des politischen Einparteiensystems betroffen: Die Wirtschaft wird vom Staat reguliert, private, ökonomische Initiativen sind kaum erlaubt, das Bildungssystem ist monopolistisch organisiert, in der Politik ist nur eine Partei zugelassen, die Medien sind Staatsorgane. Im Widerspruch dazu vertritt die Katholische Soziallehre eine plurale und partizipative Gesellschaftsordnung. Jeder Mensch muss seine Freiheit mit Rechten und Pflichten zum Wohl aller wahrnehmen können.

Die Kirche in Kuba ist für lateinamerikanische Verhältnisse zwar zahlenmäßig relativ klein, doch sie versteht sich als Stimme des Volkes. Das macht sie auf der Insel zu etwas Besonderem: Nicht selten hinterfragt sie soziale und wirtschaftliche Missstände, hebt die Verantwortung der Einzelnen hervor und plädiert für einen freieren öffentlichen Diskurs. Durch ihre soziale, kulturelle und pädagogische Arbeit hat sie sich über die katholische Bevölkerung hinaus viel Ansehen erworben. Eine Verfolgung von Christen allein aufgrund ihrer religiösen Grundüberzeugungen gibt es in Kuba nicht. Doch wenn Gläubige von ihrem christlichen Menschenbild ausgehend öffentlich Meinungsfreiheit einfordern, drohen ihnen sofort Sanktionen.

### **Venezuela**

Auch die Lage in Venezuela ist dramatisch. Ohne Erzbischof Azuaje Ayala vorgreifen zu wollen, möchte ich aus unserer neuen Arbeitshilfe zitieren. In dieser wird die Kirche in Venezuela als „einzige verbliebene Opposition im Land“ bezeichnet. Sie macht die Regierung von Präsident Maduro mit deutlichen Worten für die vielen Krisen im Land verantwortlich. Diese politische Einmischung und Anwaltschaft für die in Not geratenen und in Not gebrachten Menschen bringt die aktiven Christen und Bischöfe in Gefahr. Erzbischof Azuaje Ayala wird gleich näher über die aktuelle Situation in Venezuela sowie das soziale und politische Engagement der Kirche berichten.

Diese beiden kurzen Länderskizzen machen deutlich, dass die Verkündigung des Evangeliums in Kuba und Venezuela schwierig ist und manches Mal auch gefährlich. Denn mit der Meinungsfreiheit wird auch die Religionsfreiheit eingeschränkt. Wo das private und öffentliche Leben von einer allmächtigen Partei kontrolliert und reglementiert wird, wo Meinungsvielfalt unerwünscht ist und einem Meinungsmonopol weichen muss, wo also das politische Leben gleichgeschaltet wird, können Christen ihrem Auftrag, gemäß dem Evangelium die Würde und Freiheit aller Menschen zu verkünden, nicht nachkommen. Hier hat die Frohe Botschaft Jesu Christi politische Sprengkraft.

### **Gedenktag des Heiligen Stephanus**

Erlauben Sie mir abschließend folgenden Hinweis: Am Gedenktag des ersten christlichen Märtyrers Stephanus, am 26. Dezember, gedenkt die katholische Kirche in Deutschland seit 2012 derjenigen Christen, die weltweit auf Grund ihres Glaubens verfolgt werden. Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gebetstags für verfolgte und bedrängte Christen“ stehen auch hier besonders die Christen in Kuba und Venezuela, die versuchen, ihren Glauben und ihre Berufung in autoritären Systemen zu leben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Gerne stehe ich Ihnen gleich für Fragen zur Verfügung.